

**32. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister,  
-senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK)**

**Hauptkonferenz am 30. Juni und 01. Juli 2022**

**Hamburg**

**TOP 9.1**

**Implementierung und Sicherstellung von Gender Mainstreaming bei der Umsetzung  
klimapolitischer Maßnahmen**

**Antragstellendes Land:**

**Berlin**

**Mitantragstellende Länder:**

**Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz,  
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen**

**Votum: Mehrheitlich ohne Gegenstimmen**

**Entschließung:**

Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) stellt fest:

- Ein prägendes und für unsere Zukunft in seiner Bedeutung nicht zu überschätzendes Thema ist der menschengemachte Klimawandel und damit einhergehend der Versuch, die Erderwärmung weitestgehend zu begrenzen. Dabei handelt es sich beim Klimawandel um ein globales Problem, dem nur durch multinationale Kooperation begegnet werden kann. Nationale wie regionale Maßnahmen und Anpassungen nehmen eine wichtige Rolle ein, ebenso engagiert sich die Bundesrepublik Deutschland mithilfe internationaler Projekte im Bereich des Klimaschutzes und stößt weltweit Projekte an. Zur Einbeziehung von Gleichstellung beim Thema Klima gibt es bereits internationale Verpflichtungen Deutschlands, z. B. die auf der United Nations (UN) Climate Change Conference COP 25 in Madrid verabschiedete „Decision 3/CP.25 Enhanced Lima work programme on gender and its gender action plan“ oder den „EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln 2021-2025 (GAP III)“.

- Nichtsdestotrotz mangelt es an vielen Stellen an einem systematischen Einsatz einer gleichstellungsorientierten Perspektive auf Fragen der Klimapolitik. Ein Großteil der Personen in Entscheidungspositionen im Bereich Klima ist männlich, so dass männliche Perspektiven und damit einhergehende durchschnittlich männliche Lebensumstände und Verhaltensweisen in die Erarbeitung und Beurteilung von Maßnahmen einfließen. Dadurch wird ausgeblendet, dass aufgrund gesellschaftlicher Rollenzuschreibungen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen Frauen und Männer von Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen bzw. -anpassungen unterschiedlich betroffen sind. Dass Frauen weniger zum Klimawandel beitragen, aber vom Klimawandel stärker betroffen sind und oftmals weniger von getroffenen Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen profitieren, gerät somit zum blinden Fleck von Klimapolitik.
- Die Problematik besteht sowohl beim Blick nach innen auf nationale, bundesstaatliche bis hin zu kommunalen Ebenen als auch nach außen im globalen Kontext bei der Projektplanung und -umsetzung. Die deutsche Klimastrategie muss daher auf allen Ebenen und bei allen Schritten der Programm- und Maßnahmenplanung und -durchführung Gleichstellungsaspekte systematisch einbeziehen, um geschlechtergerecht wirken zu können.

Die GFMK sieht vor diesem Hintergrund dringenden Handlungsbedarf und fordert von der Bundesregierung die Umsetzung folgender Ziele:

- Gender Mainstreaming wird konsequent im Bereich Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen umgesetzt und in den Klimastrategien und -plänen verankert. Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen werden auf ihre Wirkungsweise in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern geprüft. Es wird evaluiert, welche Bevölkerungsgruppen von welchen Maßnahmen profitieren und welche Kosten die Maßnahmen auch im Bereich der unbezahlten (Sorge-) Arbeit haben. Eine systematische Genderanalyse beinhaltet auch die Sammlung und Nutzung von nach Geschlecht differenzierten Daten bzw. die Benennung von Kennzahlen sowie die Entwicklung gendersensitiver Indikatoren, die konkret wirkungsorientierte Ziele fokussieren. Wichtig dabei sind qualitätssichernde Maßnahmen, um die einheitliche Qualität von Zielen und Indikatoren zu fördern und zu sichern.
- Die Zuständigkeit für die Einbeziehung von fachspezifischen Gleichstellungsaspekten in die Klimapolitik liegt gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO) bei den für Klimaschutz zuständigen Ressorts und Fachbehörden. Es ist in erster Linie ihre Aufgabe, Frauen- und geschlechtsspezifische Analysen bei Entscheidungen systematisch miteinzubeziehen. Dies bedeutet, dass bei

der Planung und Erarbeitung von Maßnahmen Frauen und ihre Perspektive angemessen repräsentiert sind. Entscheidungs- und Beratungsgremien werden paritätisch besetzt, auch in Partizipationsprozessen werden die Rahmenbedingungen für die Mitwirkung von Frauen aktiv geschaffen. Klimaspezifische, faktenbasierte Genderkompetenz in allen Ebenen und Bereichen zu entwickeln und zu implementieren ist ein zentrales Erfordernis geschlechtergerechter Klimapolitik. Darüber hinaus ist die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Klima und Gleichstellung zu unterstützen sowie Fortbildungen zu Gender Mainstreaming und Gleichstellung anzubieten.

Wegen der Bedeutung des Themas für die aktuelle gesellschaftliche Transformation fordert die GFMK die Bundesregierung auf, flankierend den nächsten Gleichstellungsberichte der Bundesregierung dem Themenfeld Klima(-politik) und Gleichstellung zu widmen. Dies würde einen tiefergehenden Erkenntnisgewinn und einen Schub für das Thema bedeuten.

Die vorliegende EntschlieÙung wird zur Kenntnis auch an die Konferenz der Umweltminister und -ministerinnen (UMK) sowie die Konferenz der Wirtschaftsminister und -ministerinnen (WMK) des Bundes und der Länder übermittelt.

### **Begründung:**

Der Klimawandel und seine Eindämmung stellen alle Gesellschaften vor die Herausforderung, die Erde für kommende Generationen nachhaltig zu erhalten. Sowohl die Folgen des Klimawandels wie auch Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen verursachen gesellschaftliche Veränderungen, beeinflussen damit in oft geschlechtsspezifischer Weise das Leben von Frauen und Männern und unterminieren dabei unter Umständen die Zielsetzung der Gleichstellung.

Bisher wurde die Verzahnung der Themen Klima und Gleichstellung in der GFMK noch nicht behandelt. Eine ausdrückliche Gleichstellungsperspektive ist selten in Klimaprogramme implementiert, obwohl der Klimawandel eine deutliche Geschlechterperspektive aufweist. Daher ist es notwendig, das Thema auf die Agenda zu setzen und die weiteren Prozesse zu begleiten und mitzubestimmen.

Frauen und ihre Realität werden aufgrund gesellschaftlicher Rollenzuschreibungen und deren gelebter Realität im Bereich des Klimawandels, der damit einhergehenden Folgen sowie bei der Konzeption und Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen nicht ausreichend berücksichtigt. Frauen tragen weniger zum Klimawandel bei, sind aber stärker von den Konsequenzen betroffen. Die nachfolgend aufgeführten Problemlagen können dabei nur als erste hinweisende Einführung in das Thema fungieren.

### **Frauen tragen weniger zum Klimawandel bei**

Aufgrund von Ressourcenverteilungen und gesellschaftlich zugeschriebener und gelebter Geschlechterrollen fällt der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Frauen und damit ihr Beitrag zum menschengemachten Klimawandel geringer aus als der von Männern. In Bereichen wie Mobilität, Ernährung oder Stromverbrauch lassen sich auch in Deutschland deutliche Unterschiede belegen.

### **Frauen sind vom Klimawandel stärker betroffen und profitieren oftmals weniger von getroffenen Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen**

Häufig werden in Bezug auf die Betroffenheit von Frauen Beispiele aus dem globalen Süden genannt. Dort sind Frauen für einen Großteil der Ressourcenversorgung zuständig – dies betrifft sowohl die Versorgung mit Wasser als auch mit Energieträgern wie Holz. Aufgrund des Klimawandels werden diese Ressourcen rarer und die Beschaffung kostet mehr Zeit. Das verschlechtert die Chancen für die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen. Auch wird über eine höhere Todesrate von Frauen in Naturkatastrophen berichtet. Die erhöhte Vulnerabilität kann zu einem großen Teil auf Rollenzuschreibungen zurückgeführt werden – von der Verantwortung gegenüber Familienmitgliedern, über den Mangel an Frühwarnsystemen oder geringeren Schutzmaßnahmen in Privathaushalten bis hin zu patriarchal begründeten eingeschränkten Bewegungsräumen, mangelnden Mobilitätsmöglichkeiten oder der Gefahr von sexueller Gewalt.

Doch auch in Europa können geschlechtsspezifische Effekte beobachtet werden. So starben in Hitzewellen überproportional häufig Frauen, die im hohen Alter allein und in weniger klimawandelresistenten Wohnlagen lebten und über unzureichende Hilfesysteme verfügten.

Weiterhin sind Frauen auch hier zu einem Großteil für die Pflege von Angehörigen zuständig. Wenn mit dem Klimawandel einhergehend auch die Ausweitung von Krankheiten, Naturkatastrophen oder Extremwetterereignissen zunimmt, muss mehr Zeit in Care-Arbeit fließen – der Anteil unbezahlter Arbeit wird weiter erhöht und Ungleichheiten verstärkt.

Zuletzt profitieren Frauen auch weniger von Klimaanpassungsmaßnahmen: Viele neu geschaffene Arbeitsplätze entstehen in oft stark männerdominierten Branchen (bspw. Energie). Hier gilt es, Chancengleichheit in Bezug auf den Zugang zu Kompetenzbildung und zu diesen Berufszweigen herzustellen.

Darüber hinaus werden Haushalte mit geringem Einkommen – welche häufig von Frauen geleitet werden (Alleinerziehende, alleinstehende alte Frauen) – überproportional belastet. Mit steigenden Energiekosten mussten diese bisher die höheren Heizkosten aufgrund steigender Energiepreise selbst tragen,<sup>1</sup> während bspw. die Pendlerpauschale, von der mehr Männer

---

<sup>1</sup> 2022 wird ein Heizkostenzuschlag an Haushalt mit geringem Einkommen diskutiert, nach Kabinettsbeschluss soll die Einmalzahlung nun in den Deutschen Bundestag eingebracht werden.

aufgrund ihrer Bewegungsmuster profitieren,<sup>2</sup> erhöht wurde. Es kann auch festgehalten werden, dass Menschen mit geringem Einkommen aufgrund von Initialkosten seltener an Maßnahmen partizipieren können, etwa in Bezug auf Maßnahmen zur Reduktion von Haushaltsemissionen.

### **Frauen wirken zu wenig an entscheidenden Stellen mit**

Frauen sind deutlich unterrepräsentiert, wenn es um Entscheidungsstrukturen und Beteiligung geht. Diese Unterrepräsentation trägt dazu bei, dass vor allem eine männliche Perspektive bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen und -anpassungen zum Tragen kommt und nicht ausreichend Projekte gefördert werden, welche explizit Klimaschutz und Gleichstellung miteinander verbinden.

Die Lasten der Anpassungen müssen gerecht verteilt und die Auswirkungen auf Frauen und Männer in ihren strukturellen Dimensionen analysiert und berücksichtigt werden. Gerade die Interessen besonders verletzlicher Gruppen bedürfen einer aktiv herbeigeführten Beachtung. Partizipationsmöglichkeiten und eine Einbindung in Planungs- und Entscheidungsprozesse stellen daher eine wichtige Säule dar. Auf allen Ebenen müssen Frauen in allen Phasen – von der Erarbeitung über die Umsetzung bis hin zur Bewertung – von Klimaschutzmaßnahmen beteiligt und klimaspezifische Genderkompetenz zum Tragen gebracht werden.

---

<sup>2</sup> Siehe auch Beschluss 31. GFMK: „Mobilitätswende geschlechtergerecht gestalten: Gender Mainstreaming als Prinzip einer modernen Verkehrs- und Mobilitätspolitik“.